

SPD-Wahlprogramm 2017

Wenn die SPD *in ihrem nunmehr vorgelegten Entwurf für ein Wahlprogramm zur Steuerreform* erkennt, dass Bürger mit niedrigem Einkommen schon jetzt keine Steuern zahlen und somit von einer Reform des Steuertarifs nichts haben, ist das zunächst einmal die Wiederholung einer Binsenweisheit. Neu ist die Konsequenz, erstmals einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, die unteren Einkommen von den Sozialabgaben zu entlasten, ohne die Rentenansprüche zu kürzen!

Der Strickfehler besteht aber darin, dass dies über den allgemeinen Haushalt finanziert werden soll und so auch von denjenigen über die Mehrwertsteuer mitgetragen wird, die man entlasten will. *Besser wäre es, endlich zu begreifen, dass das polemische Sprachmuster von den Reichen und Superreichen, die man belasten wolle, nicht wirklich weiter hilft.* Notwendig ist es, den Rationalisierungsgewinn der Wirtschaft durch eine Wertschöpfungsabgabe abzugreifen und der Sozialversicherung zuzuführen. Ein solches drittes Standbein entlastet die Arbeitskosten insbesondere in den lohnintensiven Bereichen.

Und noch ein Effekt ergibt sich. Die Dividenden der oft von ausländischen Anteilseignern gehaltenen Aktienbestände werden im Inland belastet, ohne dass Deutschland hochkomplizierte Steuerabkommen mit anderen Staaten abschließen muss und letztlich nur eine geringe Quellensteuer behalten darf. *Die Finanzierung unserer Rentenversicherung können wir schließlich national eigenständig bestimmen.*

20.06.2017

Günter Striewe
40764 Langenfeld
Brunnenstraße 98

PS:

Vorstehender Leserbrief ist von der Rheinischen Post – nach Erinnerung - am 25.07.2017 leicht gekürzt veröffentlicht worden. Die Auslassungen sind vorstehend durch kursive Schrift kenntlich gemacht.

Dass der Eingangssatz gekürzt worden ist, ist wohl dem Versuch geschuldet, die Verzögerung bei der Veröffentlichung nicht so deutlich hervorzuheben. Auch der Fortfall des letzten Satzes berührt nicht den Kern meiner Aussage.

Ärgerlich ist aber schon, dass mein Hinweis auf das polemische Sprachmuster von den Reichen und Superreichen gestrichen worden ist. Schließlich war dieser immer wieder ins Feld geführte Begriff Anlass für meine Zuschrift. Denn einfach Neid auf besser gestellte Mitbürger zu erzeugen, hilft nicht weiter. Auch ich bin für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes (vgl. hierzu meine diversen Tabellen über die Entwicklung der Steuersätze), aber nicht aus Gründen der Finanzierung der Sozialversicherung, sondern um die Steuerlast gerecht zu verteilen.

Um es auch hier noch einmal zu wiederholen:

Das Kapital muss belastet werden, um Arbeit zu entlasten!